Ä1 Campusgrüne Visionen für Europa-Universitäten

Antragsteller*in: Armin Günther (Campusgrün Hamburg)

Titel

Ändern in:
Campusgrüne Visionen für internationalistische Universitäten

Änderungsantrag zu A2

Die Werte Demokratie, Menschenrechte und Frieden sind, laut Eurobarometer, die von Europäer*innen am häufigsten genannten Europäischen Werte (35-38%).[1] Im Gegensatz zu "Schurkenstaaten" und den "unterentwickelten“ Ländern, sind in Europa alle Menschen gleich, so zumindest der Tonus.

In Wirklichkeit sind die europäischen Werte ein Mythos. Europa, das auf mehreren hundert Jahren kolonialistischer/imperialistischer Herrschaftsgeschichte aufgebaut ist, stellt im globalen Kapitalismus bis heute ein Machtzentrum dar. Europäische Waffen morden mit in aller Welt, wo von Frieden geredet wird, werden Waffen produziert, welche zuletzt gegen die kurdische Bevölkerung in Efrîn eingesetzt wurden. Die EU und einzelne EU-Mitgliedstaaten unterstützen autoritäre Regime in Afrika, sobald diese Beziehungen ökonomischen Nutzen haben. Sie dienen der Aufrechterhaltung der Ungleichheit der ehemals kolonialisierten und kolonialisierenden Ländern: Wo also Demokratie hochgehalten wird, wird Entdemokratisierung und Diktatur dort unterstützt, wo die ökonomische Vorteilsnahme als „Entwicklungszusammenarbeit“ gepriesen wird. Aus diesen historisch hergestellten Verhältnissen entstehende Migrationsbewegungen sollen in naher Zukunft spätestens in den Maghreb-Staaten gestoppt werden. Wo also Humanität und Flüchtlingssolidarität propagiert wird, wird schon längst an der weiteren Aushebelung der Menschrechte wie dem Recht auf Asyl gearbeitet.

Die Funktion der Dichotomisierung zwischen den europäischen wertegeleiteten Gesellschaften und den anderen, den unterentwickelten, ist dabei eindeutig: Wir Menschen in Europa sollen beschwichtigt werden. Es gehe uns im Vergleich zu den Menschen in Indien doch so gut, man dürfe sich hier nicht um jede Kleinigkeit beschweren, nicht alles kritisieren. Dass die Realität eine Andere ist, zeigt besonders verschärft die Situation der internationalen Studierenden hier in Deutschland: Sie müssen enorme Geldmengen ansparen, um überhaupt einen Studienplatz in Deutschland bekommen zu können. Sie müssen bereits zum Studienbeginn enorme Sprachkenntnisse vorweisen, in Vorkursen sind sie nicht selten rassistischen Lehrpersonal ausgesetzt. Sie sollen sich vor allem anpassen und sich froh dafür schätzen überhaupt hier sein zu dürfen – es gilt Integration statt Inklusion: Gleich sind wenn überhaupt nur die (West-)Europäer*innen.

Campusgrün will nicht beschwichtigt werden oder die Beschwichtung selbst unterstützen und wirkt deswegen gegen die Ungleichheit an der Universität und weltweit durch eine internationalistische Ausrichtung: Einerseits in dem wir an unseren Universitäten die Selbstorganisierung von Ausländer*innen unterstützen, und die gegen sie gerichteten Repressionen als spezifischen Teil unseres allgemeinen Kampfes für eine soziale Universität, für eine allgemeine Studierendenvergütung, für ein gebührenfreies Studium, für ein inklusives Studium, bekämpfen. Andererseits in dem wir für kritische Wissenschaft und eine Zivilklausel einstehen und so aus den Universitäten heraus für eine weltweite Transformation zu einer Gesellschaft der Freien und gleichen einstehen.

---

[1] http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70652/europaeische-werte

Begründung

Der ursprüngliche Antrag impliziert einen verharmlosenden Haltung zur neoliberalen Angenda Macrons und der EU. Mit der Hochhaltung angeblicher europäischer Werte verfällt mensch zugleich in einen tiefen Zynismus der die realen Verhältnisse verdrängt. Insgesamt stellt sich die Frage, was eigentlich Ziel des Antrags ist: Die Veränderung der globalen Verhältnisse ist es nicht. Die im Antrag angeführte Argumentation bedeutet in letzter Konsequenz: Lasst uns neue scheinbar progressive Universitäten im alten System der ökonomisierten Bologna- Hochschulen bilden. Dieser Widerspruch lässt sich nicht lösen, dehalb möchte ich den Antrag hiermit ersetzen. Ich hoffe dieser Ersetzungsantrag trägt zu einer kontroversen Diskussion bei.